

Viel Solidarität

Martin Link

In Schleswig-Holstein werden zahlreiche Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen

Seit dem 24. Februar herrscht Krieg in Europa. Lang angekündigt hat die russische Armee ihren Überfall auf die Ukraine wahr gemacht.

Die Vereinten Nationen rechnen mit vielen Millionen Menschen, die aus der Ukraine in andere europäische Länder flüchten. Um den Ansturm zu bewältigen hat der Europäische Rat ganz tief in die bisher geflissentlich verschmähten Instrumente einer großzügigen Aufnahme von Geflüchteten gegriffen. Seit 2001 gibt es die Massenzustromrichtlinie der EU, die am 3. März erstmalig zur Anwendung gekommen ist – und die leider einer Ungleichbehandlung zwischen ukrainischen Staatsangehörigen und genauso aus der Ukraine fliehenden Drittstaatenangehörigen Vorschub leistet.

Das inzwischen sozialdemokratisch geführte Bundesinnenministerium hat indes am 5. März Länderhinweise zur Umsetzung des EU-Ratsbeschlusses herausgegeben, die gleichwohl die Möglichkeit der unterschiedslosen Aufenthaltsregelungen und von Integrationszugängen für fast alle aus der Ukraine Geflüchteten schafft. Wie das in den Ländern – respektive hier in Schleswig-Holstein – umgesetzt werden wird, steht aufmerksam zu beobachten.

Mitte März waren in Deutschland geschätzt 160.000 Geflüchtete angekommen. Weil Ukrainer*innen visumsfrei einreisen können und nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen wohn- und meldepflichtig sind, ist anzunehmen, dass diese

Zahl tatsächlich höher ist. Schleswig-Holstein bereitet sich derweil auf größere Zugangszahlen vor und schafft Ressourcen für die Aufnahme und Begleitung der vor allem Frauen, Jugendlichen und Kinder. Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren dürfen nicht aus der Ukraine ausreisen und werden – soweit sie nicht freiwillig bereit sind – für den Kriegsdienst zwangsverpflichtet.

Die Bereitschaft in der Bevölkerung hierzulande, den Geflüchteten mit Solidarität, tatkräftiger und materieller Unterstützung das Ankommen zu erleichtern, Trost und Orientierung zu geben und in diesem Prozess zu begleiten, ist groß. In den Kreisen vernetzen sich öffentliche Stellen mit Fachdiensten der Verbände und mit Bürgerinitiativen. Auch auf Landesebene hat sich das Innenministerium mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen kurzgeschlossen.

Informationsangebote

Die Rechtsberatung für Geflüchtete beim **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein** steht auch den aus der Ukraine Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen offen: Kontakt per eMail beratung@frsh.de oder telefonisch: 0431-734 900.

Der Flüchtlingsrat gibt auf seiner Homepage Informationen für aus der Ukraine Geflüchtete und die sie Unterstützen. Die Seite hält Informationen über Beratungsangebote, die relevante Rechts- und Verordnungslage von Bund und Ländern auf, informiert über Aufnahme- und Unterbringungsfragen, enthält Verlinkungen zu Seiten Dritter mit Nachrichten über die Situation an den Grenzen und auf den Fluchtwegen. Regelmäßig werden hier auch Informationen und Kontaktdaten über zuständige öffentliche Stellen

und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins eingestellt und regelmäßig aktualisiert: <https://www.frsh.de/artikel/ukraine-informationen/>

Das **Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung Schleswig-Holstein** (MILIGSH) hat eine Info-Webseite mit vielfältigen Informationen für Geflüchtete aus der Ukraine und die Beratungs- und Unterstützungsszene online freigeschaltet www.schleswig-holstein.de/ukraine, die ebenfalls regelmäßig aktualisiert wird.

Mit Fragen und Hinweisen zum Thema Aufnahme von Ukrainer*innen im Bundesland können sich Interessierte an das MILIGSH über eine Kontaktmail-Adresse Flucht-Ukraine@im.landsh.de und eine Telefon-Hotline 0431 988-3369 wenden.

Der **Landeszuwanderungsbeauftragte Schleswig-Holstein** informiert auf seiner Web-Seite über rechtliche und andere Fragen im Kontext der in Deutschland und in Schleswig-Holstein schutzsuchenden Menschen aus der Ukraine: <https://www.landtag.ltsh.de/beauftragte/fb/ukraine/>

Der Flüchtlingsrat sammelt Informationen über die landesweit für – egal woher – neu ankommenden Geflüchteten in den Kreisen und kreisfreien Städten vorhandenen Angebote öffentlicher Stellen, Verbände und engagierten Initiativen und ist dankbar für solcherlei Hinweise an: westkueste.ahoi@frsh.de

Martin Link arbeitet beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. www.frsh.de